



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: Personalrat des BAMF ernstnehmen – Forderungen der Praktiker beachten – Mitarbeiter nicht weiter im Stich lassen

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 13.06.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Mir scheint, dass die antragstellende Fraktion ihrer Bundestagsfraktion nicht viel zu traut. Der Antrag hätte in den Bundestag gehört und nicht in den Landtag. Die Verantwortung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und seine Führung liegt alleine beim Bund und auch ein Untersuchungsausschuss kann nur mit den Stimmen eines Viertels der Abgeordneten des Deutschen Bundestages eingesetzt werden. Beschlüsse des Landtages sind in dieser Frage irrelevant.

Dieser Antrag dient Ihnen doch nur dazu, wieder einmal Ihre generelle Kritik an der Flüchtlingspolitik vorzutragen. Ich möchte dennoch auf den konkreten Sachverhalt eingehen:

Sie fordern die Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Ich glaube sagen zu können, das Letzte, was die Mitarbeiter jetzt brauchen, ist die Unterstützung der AfD.

Die meisten Mitarbeiter besitzen etwas, was Ihnen völlig fehlt: interkulturelle Kompetenz und asylrechtliche Kenntnisse. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben unter schwierigen Bedingungen Enormes leisten müssen. Den Versuch, sie für Ihre politischen Zwecke zu missbrauchen, haben sie nicht verdient.

Anrede,

im BAMF hat es sicher auch systemische Mängel gegeben, eine drohende Überlastung wurde nicht rechtzeitig erkannt. Ebenso kann das Fehlverhalten einzelner Personen nach den aktuellen Berichten keineswegs ausgeschlossen werden. In laufende staatsanwaltschaftliche Ermittlungen werden wir uns jedoch nicht einmischen: weder durch Solidarisierungen, noch durch Vorverurteilungen.

Anrede (in Richtung AfD),

Ihr Antrag zeugt auch davon, dass Sie das Asylverfahren nicht gänzlich verstanden haben, oder dass Sie bewusst Dinge vereinfacht darstellen.

Sie sprechen von „Ungereimtheiten“ in der Düsseldorfer Außenstelle. Laut Medienberichten seien 50 % der Bescheide von der internen Qualitätssicherung beanstandet worden. Nehmen wir die Zahlen mal so hin. Spricht das aber nicht gerade für eine funktionierende Qualitätssicherung, wenn der Bescheid vor der Zustellung verbessert wird und nicht erst von Gerichten korrigiert werden muss?

Die Identitätsfeststellung ist gerade für uns als Rechtsstaatspartei von entscheidender Bedeutung. Bestehen Zweifel an der Identität oder am Weiterbestehen des Schutzgrundes, kann ein Rücknahme- und Widerrufsverfahren eingeleitet werden. In diesem Verfahren werden auch Identitätsdokumente angefordert, aber nicht schon bei der Vorab-Prüfung, ob ein solches Verfahren eingeleitet wird. Da besteht derzeit gar keine rechtliche Grundlage zur Einbehaltung von Personalpapieren.

Anrede,

für uns ist klar: Qualität geht vor Quantität. Unter der reinen Fixierung auf konkrete Fallzahlen und den möglichst schnellen Abbau des Rückstaus an Anträgen hat die Sorgfalt der Anhörungen und Entscheidungen gelitten. Das war den Vorgaben der Bundesregierung und der Führung des BAMF geschuldet. Die politische Entscheidung, innerhalb eines Jahres etwa eine Million Verfahren abzuarbeiten, ist auch ein zentraler Punkt in dem Antrag der FDP-Bundestagsfraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Hier ist der Deutsche Bundestag gefordert, politische Versäumnisse und Fehler aufzuklären.

Sorgfalt sollte vor Eile gehen. Dabei muss der einzelne Mensch und sein individuelles Schicksal im Mittelpunkt des Asylverfahrens stehen. Nur so können Schutzbedürftige von Nicht-Schutzbedürftigen unterschieden, Identitätsverschleierung und potentielle Gefährder früher und besser erkannt und somit Fehler vermieden werden.

Mit einem eigenen Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz wird die NRW-Koalition ihren Beitrag dazu leisten, die Migrationspolitik in Deutschland neu zu ordnen. Dabei werden Rechtsstaatlichkeit, Humanität und Leistungsgerechtigkeit auf der einen Seite und ein konsequentes Vorgehen gegen Gefährder und Kriminelle auf der anderen Seite im Mittelpunkt stehen.

Vielen Dank!